

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

1. Tagung des 2. Landesparteitages
14. November 2009



Sachsen-Anhalt: Zeit für einen Neubeginn!

Rede des Landesvorsitzenden Matthias Höhn

- Es gilt das gesprochene Wort! -

I.

Soeben hat Katrin Kunert, der ich an dieser Stelle nochmals sehr herzlich zu ihrem gewonnenen Direktmandat gratulieren möchte, den Parteitag eröffnet. Katrin steht stellvertretend für alle Kandidatinnen und Kandidaten, die sich in diesem Wahlkampf engagiert haben, die als Persönlichkeiten unsere Themen den Menschen näher gebracht haben.

Ich möchte meine Rede damit beginnen, allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern – ob im Landeswahlbüro oder im unermüdlichen Einsatz auf der Straße – und allen Kandidatinnen und Kandidaten – ob im Wahlkreis oder auf der Liste – von Herzen und namens der gesamten Partei Danke zu sagen. Heute sage ich mit Stolz: Wir waren die Besten!

Mit 32,4 Prozent der Stimmen wurden wir erstmals stärkste Partei in Sachsen-Anhalt, mit 32,4 Prozent und fünf gewonnenen Direktmandaten waren wir der mit Abstand der erfolgreichste Landesverband der gesamten Bundespartei.

Dieses Ergebnis ist Lohn für unsere gemeinsame jahrelange Arbeit. Dieses Ergebnis bestärkt uns bei den Aufgaben, die vor uns liegen. Dieses Ergebnis ist einfach hervorragend!

Vor wenigen Tagen hat die Bundeskanzlerin vor dem Deutschen Bundestag das Programm der neuen Koalition vorgestellt. Vielleicht ist es ja mehr als symptomatisch, dass ihr neuer Bundeswirtschaftsminister Brüderle ganze neun Minuten brauchte, um die Grundlinien der zukünftigen Regierungsarbeit zu skizzieren.

Es ist gerade einmal ein Jahr her, dass der internationale Finanzmarkt am Abgrund stand. Mit unfassbaren Milliardenbeträgen wurden durch die Regierungen weltweit die Märkte gestützt und marode Banken gerettet. Die Bewältigung dieser enormen finanziellen Bürde wird die öffentlichen Haushalte noch Jahre schwer belasten. Um rund fünf Prozent brach die deutsche Wirtschaft ein, eine Erholung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit allein

auf das Niveau vor der Krise wird auch unter günstigen Bedingungen noch Jahre dauern. Welche Antworten gibt nun die neue Bundesregierung auf diese Herausforderungen? Es sind die alten Antworten. Anstatt jetzt endlich die notwendige Konsequenz zu beweisen und den politischen Mut aufzubringen, die Umverteilung von unten nach oben zu stoppen und umzukehren, die Börsenspekulanten und Vermögenden in gerechter Art und Weise an der Finanzierung dieser gewaltigen Aufgaben zu beteiligen, die Kaufkraft und damit die Binnenkonjunktur zu stärken und für mehr demokratische Kontrolle und Transparenz der internationalen Märkte zu sorgen, anstatt dies alles in Angriff zu nehmen, antwortet die neue Bundesregierung aus CDU, CSU und FDP mit den gescheiterten Konzepten der letzten 30 Jahre.

Die ohnehin schon strukturell unterfinanzierten öffentlichen Kassen, die durch die aktuellen Steuerausfälle noch einmal deutlich ins Rutschen geraten sind, sollen nun erneut auf Milliardenereinnahmen verzichten. Union und FDP haben sich entschieden, wiederum Steuergeschenke zu verteilen, anstatt den Staat auf eine solide finanzielle Basis zu stellen. Das, liebe Genossinnen und Genossen, kann man nur als unverantwortlich bezeichnen. Bedenkt man, dass dieselben und ein Großteil der neuen Opposition noch vor wenigen Monaten die Schuldenbremse beschlossen und als das zentrale Projekt der nächsten Jahre verkauft haben, wird das Ganze nur noch absurd. Sage noch jemand, wir würden nicht seriös wirtschaften können oder wollen. Es sind die Konservativen und die Liberalen, die die öffentlichen Haushalte gerade vor die Wand fahren.

Schaut man auf die anderen Bereiche der Koalitionsvereinbarung, ergibt sich ein ähnliches Bild:

- In der Gesundheitsversorgung wird nun endgültig der Privatisierung der Lasten das Wort geredet und Abschied vom Solidargedanken genommen. Noch 2005 hatte die CDU mit der Kopfpauschale Wahlkampf gemacht und dafür kein Mandat. Diesmal verzichtete man sehr bewusst auf dieses Reizthema vor der Wahl und will in nun gemeinsam mit der FDP nach der Wahl einführen. Es ist inakzeptabel, dass mit einem solchen Modell der Chefarzt genauso viel Kassenbeiträge bezahlt wie die Krankenschwester. Eine solche Politik wird auf unseren energischen Widerspruch stoßen.
- Diese Koalition erteilt dem gesetzlichen Mindestlohn eine klare Absage und damit auch der Chance für Hunderttausende, endlich von ihrer Hände Arbeit auch ein Leben in Würde führen zu können.
- Die groß angekündigten Investitionen in Bildung fallen zusammen wie ein Kartenhaus, wenn gleichzeitig den Ländern und Kommunen der Geldhahn zugedreht wird.
- Und leider wird es mit dieser Bundesregierung auch keinen Richtungswechsel in der

Außenpolitik geben. Wir wollen Kriege beenden. Wir wollen der zivilen Arbeit endlich wieder den Vorrang vor militärischer Intervention geben. Und wir bleiben dabei: Der Einsatz in Afghanistan muss beendet werden.

Mit dieser Politik von Schwarz-Gelb wird eines sehr deutlich: Eine starke Stimme für soziale Gerechtigkeit, für eine friedliche Außenpolitik und für mehr Demokratie wird mehr gebraucht denn je; DIE LINKE wird mehr gebraucht denn je.

II.

Im August und September dieses Jahres wurden neben dem Bundestag auch fünf Länderparlamente neu gewählt. Wir haben als LINKE bei diesen Wahlen überaus erfolgreich abgeschnitten. In Thüringen wurde das hervorragende Ergebnis von 2004 noch einmal übertroffen, im Saarland zogen wir mit über 20 Prozent in den Landtag ein, auch in Schleswig-Holstein gelang uns erstmalig der Sprung ins Landesparlament. In Brandenburg konnten wir uns auf hohem Niveau von rund 28 Prozent behaupten, in Sachsen mussten wir leichte Verluste hinnehmen. Bei der Bundestagswahl haben wir unser Wahlziel von 10 Prozent plus x deutlich übererfüllt. Damit hat die Partei zwei Jahre nach ihrer Gründung erneut einen wichtigen Schritt nach vorn gemacht. Glückwunsch aus Sachsen-Anhalt an die Genossinnen und Genossen in diesen Ländern. Und ich sage Danke an das Bundeswahlbüro mit Dietmar Bartsch an der Spitze für die hervorragende Vorbereitung und Unterstützung. Selten in den letzten Jahren habe ich so viel Lob aus den eigenen Reihen zu unserer Kampagne vernommen – und das will etwas heißen!

Schauen wir auf die neu entstandenen Mehrheitsverhältnisse im Bund wie in den genannten Ländern, legt sich meine Freude jedoch wieder deutlich: sechs Wahlen, fünf CDU-Regierungen. Damit können und dürfen wir uns nicht zufriedengeben, liebe Genossinnen und Genossen, bei allem Jubel über unsere Ergebnisse.

Es gibt eine Ausnahme: Brandenburg. Obwohl es auch in Thüringen und im Saarland eine Chance auf andere Mehrheiten jenseits von CDU und FDP gegeben hätte, waren lediglich in unserem östlichen Nachbarland die Kraft und der politische Wille vorhanden, einen neuen Weg zu gehen. Vier rot-rote Bündnisse hätten die politische Landkarte spürbar verändert, hätten unseren Einfluss im Bundesrat deutlich erhöht – nun sind es zwei: Brandenburg und Berlin. Das macht die Aufgabe für die Genossinnen und Genossen vor Ort nicht einfacher – umso mehr brauchen sie die Unterstützung der gesamten Partei, vor allem auch der Parteispitze!

- In Brandenburg wird es in Zukunft ein Vergabegesetz geben, das Mindestlohnbedingungen sichert.
- In Brandenburg ist der Vorrang und Ausbau erneuerbarer Energien festgeschrieben worden.
- In Brandenburg werden 8000 Stellen in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor geschaffen.
- In Brandenburg ist das gemeinsame Ziel vereinbart worden, allen Kindern in Kita und Schule ein gesundes Mittagessen zu ermöglichen.
- In Brandenburg werden 33 Millionen Euro zusätzlich Jahr für Jahr in die Verbesserung des Betreuungsschlüssels an den Kitas investiert.
- In Brandenburg werden Studiengebühren für das Erststudium bis zum Masterabschluss für die Zukunft ausgeschlossen.
- In Brandenburg wird es Verbesserungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber geben.
- In Brandenburg werden 1250 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt und es wird für die Dauer der Legislaturperiode keinen Stellenabbau im Lehrkräftebereich geben.

Wenn es diese Punkte nicht wert sind, eine Koalition mit der SPD einzugehen und damit spürbare Verbesserungen für die Menschen in Brandenburg zu erreichen, dann weiß ich nicht, wann wir überhaupt regieren sollten.

Ich gehe nicht ohne Grund auf diese Dinge so ausführlich ein. Seit mehreren Wochen müssen wir eine heftige innerparteiliche Debatte über diese Regierungsbildung erleben. Mit dieser Diskussion kommen unsere Versäumnisse der letzten zwei Jahre zutage. Wir haben uns als neue LINKE nicht zu einer klaren strategischen Ausrichtung durchringen können. Und: Diese Debatte trifft uns als Landesverband Sachsen-Anhalt unmittelbar. Wir sind nämlich die Nächsten.

In den letzten Tagen sind in mehreren Landesverbänden (NRW, Baden-Württemberg) Beschlüsse gefasst worden, heute liegt dem Parteivorstand zur gerade stattfindenden Sitzung ein Antrag vor. Tenor dieser Papiere ist durch die Bank eine Kritik an den Brandenburger Genossinnen und Genossen und eine Absage an ihre Koalitionsvereinbarung. Gleichzeitig sollen allgemein verbindliche Bedingungen für Regierungsbeteiligungen – egal wo und egal wann und egal mit wem – festgeschrieben werden. Und damit nicht genug, es werden auch Sanktionen (was immer damit gemeint ist...) für diejenigen verlangt, die sich an diese Beschlüsse nicht halten.

Nun kann ich persönlich damit umgehen, dass mir mit Absetzung gedroht wird, sollte ich einen Koalitionsvertrag 2011 unterschreiben, der nicht 1:1 aus unserem Parteiprogramm kopiert wurde – vor allem weil ich dies ja nur tun könnte mit eurer Zustimmung. Nur sage

ich auch sehr deutlich: So stelle ich mir innerparteiliche Demokratie und respektvollen Umgang miteinander nicht vor.

Wenn ich mir anschau, wer den heutigen Antrag an den PV gestellt hat, stelle ich fest: Es findet sich dort nicht ein Mitglied, das irgendwann in der Vergangenheit auf solche Wahlergebnisse verweisen konnte, wie sie die Brandenburger seit vielen Jahren einfahren. Ein wenig mehr Vertrauen in das Verantwortungsbewusstsein der ostdeutschen Landesverbände erwarte ich schon. Wir machen hier nicht erst seit gestern erfolgreich Politik.

Die Brandenburger haben sich auf vier Regionalkonferenzen, an denen über 1200 Mitglieder teilnahmen, und auf ihrem Landesparteitag in der vergangenen Woche sehr ausführlich zu den Ergebnissen der Verhandlungen mit der SPD verständigt. Niemand dort stolpert leichtfertig in die Regierung. Und auch wir werden uns im kommenden Jahr ausführlich mit unserem Wahlprogramm beschäftigen und sehr genau abwägen, mit welchen Forderungen wir in die Landtagswahlen gehen. Ich habe hohen Respekt vor dem Mut der Brandenburger Genossinnen und Genossen und wünsche ihnen alles Gute. Wir werden Unterstützung geben, wo immer wir das können.

Euch liegt ein Initiativantrag zu diesem Punkt vor. Ich werbe um eure Zustimmung. Es wäre ein wichtiges Signal in der aktuellen Diskussion und Ermutigung für unsere Leute vor Ort.

Diese Diskussion zeigt, wie dringend notwendig die noch ausstehende Debatte zu unserem neuen Grundsatzprogramm ist. Auch andere wichtige programmatische Fragen sind nach wie vor offen. Unser Erfolg bei der Bundestagswahl war nicht zuletzt auch der Tatsache geschuldet, dass wir im Zuge der Beschlussfassung unseres Bundestagswahlprogramms viele strittige Punkte teilweise komplett vertagt hatten, um die Geschlossenheit der Partei zu wahren. Das war in dieser Situation sicher die richtige Entscheidung, aber so etwas geht nicht auf Dauer. Wir müssen die kommenden beiden Jahre für diese Diskussion nutzen – und am Ende auch entscheiden. Wir können 2013 nicht noch einmal mit mehr oder weniger demselben Dilemma in die Wahlen gehen. Am Ende und im Kern geht es doch um eine Frage: Was ist unsere Aufgabe? Erschöpft sie sich darin, am Speilfeldrand zu stehen und die anderen zu beschimpfen, was sie für einen Mist zusammenspielen? Nein, liebe Genossinnen und Genossen, wir bestehen auf Auswechslung, weil wir der Überzeugung sind, dass wir es besser können. Und wir wollen ins Geschehen eingreifen, weil die Menschen darauf warten, dass wir heute jede Chance nutzen, damit sich ihre Lebenssituation verbessert und gerechtere Chancen für die nächste Generation entstehen.

An diesem Wochenende tagt auch der SPD-Bundesparteitag. Lasst mich dazu ein Wort sagen.

Die Sozialdemokraten haben bei dieser Bundestagswahl eine bittere Niederlage erlitten. Diese Niederlage ist nicht vom Himmel gefallen. Und wenn Jens Bullerjahn mich dafür mit verantwortlich macht, weil wir die SPD zum Hauptgegner erklärt hätten, sage ich: Hier verwechselt er offensichtlich Ursache und Wirkung. Es war die Politik der SPD unter Gerhard Schröder, die den wahrscheinlich maßgeblichen Impuls zur Gründung der neuen LINKEN überhaupt erst gegeben hat.

Das Wahlergebnis der SPD ist Folge ihrer Politik, ist Ergebnis ihres Versuches, sich zu einer besseren Union zu wandeln. Nur, eine zweite Union wird eben nicht gebraucht in der Bundesrepublik. Was unser Land braucht, und dies sage ich aus tiefster Überzeugung, ist aber eine starke Sozialdemokratie – eine Sozialdemokratie, die sich an die Werte erinnert, die sie über Jahrzehnte geprägt haben: Solidarität und Friedenspolitik.

Ich hoffe, dass die SPD die Kraft findet, sich in den nächsten Monaten wieder neu zu sortieren. Gelingt dies nicht, würde dies allein der Union in die Hände spielen, denn ohne diese Kurskorrektur gibt es keine reale Machtperspektive jenseits der Union.

III.

Augenfällig wird dies auch bei uns in Sachsen-Anhalt. Dreieinhalb Jahre Koalition aus CDU und SPD sind um. Wie fällt das Zwischenfazit aus? Mehr als ernüchternd.

Diese Koalition ist eine Koalition der verpassten Chancen und der Stagnation. In beinahe allen wichtigen Politikbereichen liegen beide Koalitionspartnerinnen über Kreuz. Bereits unmittelbar nach der Landtagswahl und der Ablehnung der SPD, mit uns Sondierungsgespräche aufzunehmen, war unsere Einschätzung, dass dieses Bündnis allein aus machtstrategischen Gründen und mit Blick auf die damalige Große Koalition im Bund geschlossen wurde. Die Probleme, die sich daraus für unser Land ergeben würden, waren absehbar. Sie sind alle eingetroffen. Dazu kommt eine mittlerweile mehr als eigentümliche Arbeitsteilung zwischen Ministern und Regierungsfraktionen, aber auch innerhalb der Landesregierung. Das Personalentwicklungskonzept ist beredtes Beispiel dafür. Die Landesregierung beschließt dieses Konzept, durch die Überarbeitungen mittlerweile mehrmals, damit danach die Fachminister durchs Land ziehen und ihre Hände in Unschuld waschen. Gleichzeitig ergeben sich in der von uns initiierten Enquetekommission immer wieder zahlreiche Übereinstimmungen über die Fraktionen hinweg, was allerdings für die praktische Politik in diesem Land de facto ohne durchgreifende Wirkung bleibt. Am Ende gilt das PEK – und außer dem designierten SPD-Spitzenkandidaten will es keiner gewesen sein. Aber ich will hier sehr deutlich sagen: So lassen wir die anderen nicht davonkommen.

Ich will es an einem Beispiel deutlich machen. Die Sozialdemokraten insgesamt müssen sich entscheiden: Entweder ist es ihnen auch in den nächsten Jahren ein zentrales Anliegen, in Sachsen-Anhalt gute Bildung für möglichst alle zu ermöglichen oder sie unterstützen die avisierte massive Lehrerstellenreduzierung ihres Finanzministers. Um es in Zahlen noch einmal zu verdeutlichen: Trotz bis 2020 etwa gleich bleibender Schülerzahlen ist im Personalentwicklungskonzept ein Stellenabbau von heute gut 14.000 Stellen auf unter 10.000 geplant. Beides passt nicht zusammen. Seit Jahren fordern wir, endlich als Land Vorsorge zu treffen für den sich anbahnenden Lehrermangel. Erst jetzt – mit dem Doppelhaushalt 2010/11 – scheint vorsichtig Bewegung in die Sache zu kommen, allerdings deutlich zu spät und viel zu zögerlich.

Mit diesen Überlegungen werden aber nicht nur fachliche Standards – nicht nur bei der Bildung, sondern auch in anderen Bereichen – in Frage gestellt. Das Land kommt auch seiner Aufgabe nicht nach, als Arbeitgeber voranzugehen und jungen Menschen aus Sachsen-Anhalt auch hier in Sachsen-Anhalt eine berufliche und persönliche Perspektive zu bieten.

Natürlich wissen wir, dass das Land vor gewaltigen haushalterischen Herausforderungen steht, sollte sich an den finanziellen Rahmenbedingungen (Solidarpakt, Steuerpolitik, Schuldenverbot...) nicht spürbar etwas ändern. Auch wir müssen uns diesem Problem stellen – und wir werden das. Aber was doch mindestens gleichberechtigte Grundlage unseres Handelns sein muss, ist zunächst einmal zu definieren, was wir denn als öffentliche Hand an Aufgaben zu erledigen haben und welcher Bedarf sich daraus ergibt. Wer glaubt, man könne die Perspektive eines Bundeslandes in einer schlichten Tabellenkalkulation darstellen, der irrt sich. Bei Wahlen geht es nicht um die beste Verwaltung, sondern um Politikentwicklung und Politikgestaltung!

Das Thema Personalentwicklung ist nur ein Beispiel für die eklatante Konzeptionslosigkeit dieser Koalition: Kommunal Finanzen, Bildungspolitik, Landesentwicklungsplan, Funktionalreform... Monatelange Diskussionen ohne befriedigende Ergebnisse – das kennzeichnet diese Koalition aus CDU und SPD. Leidtragende sind die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Sachsen-Anhalt kann mehr. Sachsen-Anhalt hat Potenziale als Standort von Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Kultur.

Für uns als LINKE ist das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse überall in Sachsen-Anhalt Ausgangspunkt unserer Überlegungen – keine Region darf abgehängt werden. Mit unserem Konzept vom Herbst letzten Jahres haben wir einen wertvollen Beitrag zu diesem

Thema geleistet und die Regierung spürbar unter Druck setzen können. Und gleichzeitig bleibt es dabei: Die Kommunen brauchen eine solide finanzielle Basis – hier geht es unmittelbar um Lebensqualität und Chancengleichheit – und natürlich auch um die reale Ausfüllung kommunaler Selbstverwaltung.

Für uns als LINKE stehen Kinder und Familien im Zentrum unseres Engagements. Hier entscheidet sich, welche Zukunftschancen sich für jede und jeden Einzelnen ergeben, hier entscheidet sich aber auch, welche Perspektive für unser Bundesland gegeben ist oder eben nicht. Und darum streiten wir weiterhin:

- für längeres gemeinsames Lernen und die Einführung einer Allgemein bildenden Gemeinschaftsschule und damit mehr Chancengleichheit in der Bildung,
- für die Wiederherstellung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung für jedes Kind in Sachsen-Anhalt, damit eben frühkindliche Bildung und Betreuung nicht mehr vom Status der Eltern abhängt,
- und für eine stabile Finanzierung unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen und für ein gebührenfreies Studium.

In der Fraktion wird an Thesen zur Innovationspolitik und Wirtschaftsförderung gearbeitet. Gleichzeitig investieren wir sehr viel Kraft in unsere Vorstellungen für eine zukunftsfähige und nachhaltige Energiepolitik – dieses Thema wird uns ja morgen noch ausführlich beschäftigen. Ich danke der Fraktion auch an dieser Stelle für ihre kontinuierliche und überzeugende Arbeit.

Sachsen-Anhalt hat nach wie vor eine zentrale Aufgabe: die Bekämpfung des Rechtsextremismus. Erst vor einer Woche sind wiederum Hunderte Nazis durch Halle marschiert. Im Nachgang dieser Ereignisse ging das Auto eines Mitarbeiters des Vereins Miteinander e.V. in Flammen auf. Die Aktionsfähigkeit und Gewaltbereitschaft der rechtsextremen Szene geht nicht zurück – im Gegenteil.

Die neue Bundesregierung hat nun – diese Versuche gab und gibt es regelmäßig – in ihrer Koalitionsvereinbarung den Rechtsextremismus wiederum unter einem allgemeinen Extremismusbegriff versammelt. Im Zentrum der Bemühungen von CDU, CSU und FDP stehen dabei – man kann nur noch mit dem Kopf schütteln – die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und der Kampf gegen den islamistischen Extremismus. Dieser verhängnisvolle Weg ist nicht nur völlig neben der Sache – er ist vor allem eine unglaubliche Relativierung der Gefahr, die für unsere Gesellschaft aus dem Rechtsextremismus erwächst. Dagegen gilt es Widerstand zu leisten! Wir dürfen den Nazis weder die Köpfe noch die Straße überlassen!

Es wird höchste Zeit für einen Politikwechsel in Sachsen-Anhalt! Dafür bedarf es der gesellschaftlichen Mobilisierung und anderer politischer Mehrheiten. Wir stellen uns dieser Herausforderung bei den kommenden Landtagswahlen. Wir wollen die CDU aus der Regierungsverantwortung ablösen, liebe Genossinnen und Genossen. Wir wollen 2011 den Weg freimachen für eine Politik, die sich dem Ziel sozialer Gerechtigkeit verschreibt und die Potenziale dieses Landes nicht ungenutzt liegen lässt, eine Politik, die den Menschen hier in Sachsen-Anhalt eine Perspektive gibt und mehr gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht – dafür braucht es eine starke und selbstbewusste LINKE, dafür braucht es eine LINKE, die bereit und in der Lage ist, die nächste Landesregierung zu führen.

IV.

Auch wenn wir einen sehr erfolgreichen Wahlkampf hinter uns haben: Die Landtagswahlen 2011 sind längst nicht entschieden. Wir gehen als Oppositionsführerin mit unserem guten Ergebnis von 2006 in diese Auseinandersetzung. Dieses Ergebnis wollen wir ausbauen.

Ab sofort muss für alle von uns gelten, unsere internen Ressourcen darauf zu konzentrieren. Wir müssen uns auf diesen Wahlkampf konzeptionell und personell vorbereiten – dafür müssen wir die kommenden 12 Monate gemeinsam nutzen.

Der neue Landesvorstand wird sehr bald nach diesem Landesparteitag mit der Erarbeitung unseres Landtagswahlprogrammes beginnen. Ich wünsche mir, dass wir uns im Landesverband damit intensiv beschäftigen. Wir wissen, dass die finanziellen Rahmenbedingungen auch nach 2011 für Sachsen-Anhalt äußerst begrenzt sein werden. Das setzt auch an uns besondere Anforderungen. Wir wollen und müssen mit einem glaubwürdigen Angebot vor die Wählerinnen und Wähler treten. Darum kann es keinen unendlichen Wunschkatalog in diesem Wahlkampf geben, sondern eine bewusste Prioritätensetzung. Die Frage der Glaubwürdigkeit linker Politik entscheidet sich nämlich nicht erst mit einer geschlossenen Koalitionsvereinbarung, sondern bereits da, wo die eigenen Zielstellungen für die nächste Legislaturperiode definiert werden – also vor der Wahl.

Ich habe mich mit der Kreisvorsitzenden Anfang September über die Frage verständigt, ob und wenn ja in welcher Form ein Vorschlag für unser personelles Angebot bei den kommenden Landtagswahlen erarbeitet werden soll. Das Ergebnis dieser Beratungen findet ihr im Leitantrag.

Bereits bei der letzten Landtagswahl gab es einen Personalvorschlag, der das Profil unseres Wahlprogramms abbildete. Die VertreterInnenversammlung ist diesem Vorschlag

damals weitestgehend gefolgt. Allerdings mussten wir nach den Wahlen mit dem Umstand umgehen, dass eine Region des Landesverbandes komplett abgehängt war, nämlich Anhalt. Das machte es erforderlich, mit zahlreichen Mitgliedern der Landtagsfraktion darüber ins Gespräch zu kommen, ob sie bereit sind, diese Region zu unterstützen. Ich bin Angelika, Dolores, Gerald und Guido sehr dankbar, dass sie dafür zu Verfügung standen und stehen.

Lasst uns bei der kommenden Listenaufstellung versuchen, dieses Problem vorher zu bereden und einen regional ausgewogenen Vorschlag zu machen. Wir wollen dies als Vorstand gemeinsam mit den Kreisvorsitzenden und dem Landesausschuss tun. Ich bin mir völlig darüber im Klaren, welchen Ärger ich mir persönlich damit wieder einhandele – aber ich bin davon überzeugt, dass es den Versuch wert ist.

V.

Wir haben uns als Landesvorstand bemüht, die vergangenen zwei Jahre nicht ungenutzt verstreichen zu lassen, wenn es darum ging, unsere Strukturen zukunftsfest zu machen und in den Bereichen der Öffentlichkeitsarbeit und der internen Kommunikation zuzulegen.

Wir werden darüber heute Nachmittag ausführlich diskutieren, ich will dieser Debatte nicht unnötig vorgreifen. Drei Dinge will ich jedoch ansprechen.

1. Mitgliederentwicklung

Unser Landesverband steht nach wie vor vor der Herausforderung zurückgehender Mitgliederzahlen. Die Gründe kennt ihr. Daher war und ist die Mitgliedergewinnung für uns von zentraler Bedeutung. Vor einem Jahr habe ich auf dem Landesparteitag gesagt: Lasst uns versuchen, im kommenden Jahr über 200 neue Mitglieder zu werben und damit einen wichtigen Schritt nach vorn zu machen. Heute kann ich sagen: Mit Stand vom 31. Oktober sind es 207 neue Mitglieder. Die Hälfte dieser neuen Mitglieder sind unter 35 Jahren. Das ist ein gutes Signal. Aber jetzt kommt es darauf an, diese neuen Mitglieder auch aktiv in die Parteiarbeit einzubeziehen und ihnen Möglichkeiten des Engagements auch real zu eröffnen. Mitgliederpflege ist mindestens genauso wichtig wie die Gewinnung neuer. Der Jugendverband kann und muss dabei eine wichtige Rolle spielen. Ich bin mit den VertreterInnen des Jugendverbandes dazu im Gespräch. Meine und unsere Unterstützung als Landesvorstand wird es geben. Meine Bitte an die Kreisverbände ist: Schreibt dies auch auf eure Fahnen, ohne den jungen Leuten immer erklären zu wollen, wie man es aus Sicht der Partei richtig macht.

2. Kommunikation

Wir haben seit Herbst 2007 verstärkte Anstrengungen darauf gerichtet, den Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Landesebene und Basis kontinuierlich zu verbessern und zu verstetigen. Wir sind noch nicht da, wo ich es mir wünsche. Aber ich glaube, dass wir mit den Kreistouren, den Regionalkonferenzen und den regelmäßigen Beratungen mit den Stadt- und Kreisvorsitzenden einen wichtigen Schritt nach vorn gemacht haben.

3. Struktur

Die sinkenden Mitgliederzahlen und damit verbunden zurückgehenden finanziellen Mittel haben die PDS und heute DIE LINKE über Jahre vor die Aufgabe gestellt, ihre Strukturen anzupassen und ihr hauptamtliches Personal zu reduzieren. Gerade weil wir ein so aufreibendes Wahljahr hinter uns haben und in den nächsten Monaten wiederum vor einem spürbaren Umstellungsprozess stehen, will ich die Gelegenheit nutzen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesverbandes an dieser Stelle einmal für ihre Arbeit und für ihre Bereitschaft, sich diesen verändernden Bedingungen immer wieder zu stellen, Dank sagen. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zuverlässiger Ansprechpartner im Land und wichtige Unterstützung für die Arbeit vor Ort. Ich habe mich als Vorsitzender und Arbeitgeber auf euch immer verlassen können.

Vor gut zwei Jahren haben wir den Landesverband der Partei DIE LINKE in Sachsen-Anhalt gegründet. Heute können wir mit Fug und Recht sagen: Das waren gute und erfolgreiche zwei Jahre. Und auch, wenn wir einige Nüsse zu knacken hatten und manches nicht einfach war, am Ende hat der Landesverband immer an einem Strang gezogen. Dafür will ich mich auch persönlich bei euch bedanken.

Ich weiß, ich bin nicht der nachsichtigste Vorsitzende. Und so manches Mal habe ich euch einiges abverlangt. Aber ich glaube, dass ich mich auch selbst dabei nicht geschont habe. Für mich steht und stand dabei immer eines im Vordergrund: unser gemeinsamer Erfolg. Ich kann euch versprechen, in den nächsten zwei Jahren wird es nicht gemütlicher. Unsere gemeinsame Bilanz liegt heute auf dem Tisch. Ich bin bereit, erneut als Vorsitzender zu kandidieren. Meine Vorstellungen und Erwartungen habe ich euch gesagt. Und jetzt habt ihr das Wort!